

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wahlprüfsteine des Thüringer Handwerks

1. Unterstützung des Handwerks auf Bundesebene

- Maßnahmen zur Senkung der Steuer- und Abgabenlast

Die Steuerlast ist in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern relativ niedrig. Hier sehen wir weniger den Bedarf nach Senkung, als vielmehr nach weiterer Vereinfachung des Systems. Für Kleinbetriebe hat die Bundesregierung bereits Erleichterungen eingeführt. Vor allem durch weiteren konsequenten Subventionsabbau können hier weitere Spielräume für die Senkung der Abgabenlast geschaffen werden.

Die Lohnnebenkosten haben wir durch die Einführung der ökologischen Steuerreform um 1,7 % niedriger halten können, als es sonst notwendig gewesen wäre. Diese Entlastung kommt den lohnintensiven Handwerksbetrieben besonders zu gute.

- Steuerliche Anreize zur Belegung der Nachfrage handwerklicher Dienstleistungen

Hier sehen BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN die Möglichkeit durch eine Senkung der Lohnnebenkosten und die Abschaffung von überflüssigen Regelungen Dienstleistungen des Handwerks preislich wieder attraktiver für die Kunden zu machen. Hierzu gehört auch, dass Schwarzarbeit angemessen verfolgt wird.

Die steuerlichen Anreize zum Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung bieten einer Vielzahl von Handwerksbetrieben und kleinen Industrieunternehmen die Chance auf neuen Gebieten Erträge zu erwirtschaften und damit dauerhaft Arbeitsplätze zu schaffen. So kann nach einer aktuellen Untersuchung allein die verstärkte Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen bis zu 200.000 Arbeitsplätze vor allem auch im Handwerk anstoßen.

- Wie werden Sicherungsrechte effektiver gestaltet?

Die Eigenkapitalschwäche vieler Unternehmen im Handwerk führt zu einer erhöhten Insolvenzgefahr bei ausbleibenden Zahlungen. Deshalb wollen wir zusammen mit den Verbänden Vorschläge erarbeiten, um die Sicherungsrechte bei Handwerkerrechnungen verbessern. Darüber hinaus wollen BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN durch Entschlackung des Rechtsweges und der damit verbundenen Beschleunigung der gerichtlichen Verfahren erreichen, dass berechnigte Forderungen schneller wirksam eingefordert werden können.

2. Förderung des Handwerks

- Welche Finanzierungsmöglichkeiten sollen dem Handwerk zur Verfügung gestellt werden?

Um die Finanzierung Thüringer Unternehmen nach den Basel II-Beschlüssen weiterhin sicher zu stellen, treten BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN für eine Geschäftspolitik der öffentlichen Sparkassen ein, die die Finanzierung der regionalen Wirtschaft wieder als zentrale Aufgabe begreift. Es darf nicht dazu kommen, dass zukunftssträchtige Projekte von Existenzgründern nicht mehr verwirklicht werden, weil die Kreditzinsen nicht zu tragen sind bzw. überhaupt kein Kredit zu bekommen ist. Bei einer Novellierung des Thüringer Sparkassengesetzes werden wir uns für ein Belegung des öffentlichen Auftrags der Sparkassen in diesem Sinne einsetzen.

- Instrumente zum Erhalt der Betriebe

Die alleinige Bereitstellung von hochverzinslichen Krediten durch die Thüringer Aufbaubank reicht nicht, um die notwendigen Investitionen sicher zu finanzieren. Denn solche Kredite können in Krisenzeiten das Ende für viele innovative und risikobereite Unternehmen bedeuten. BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN werden deshalb Instrumente fördern, die gerade in Krisenzeiten wie echtes Eigenkapital fungieren.

3. Aus- Fort- und Weiterbildung

- Schulausbildung als Grundlage der Berufsausbildung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine **Bildungsoffensive**, die den einzelnen Menschen mit seinen individuellen Interessen und Fähigkeiten in den Mittelpunkt rückt. In Thüringen mangelt es derzeit an Bildungsvielfalt, am gesunden Wettbewerb zwischen den einzelnen Bildungsträgern, an deren ausreichender finanzieller Ausstattung, an der erforderlichen Lern- und Unterrichtskultur und an pädagogischer Freiheit. Wir setzen uns für Festlegung eines verbindlichen Mindestwissensstandes für die Schülerinnen und Schüler in den einzelnen Klassenstufen ein, an deren Erreichung die Schulen regelmäßig evaluiert werden. Darüber hinaus sollen die Schulen sich nicht an Vorschriften orientieren müssen, sondern kreativ und frei ihr pädagogisches Konzept erarbeiten. Schulen erhalten die Zuständigkeit für die Auswahl ihres Lehrpersonals. Das heißt, die Schule sucht ihr Personal selbst aus, schreibt die zu besetzenden Stellen aus und besetzt sie. Eine Schule entwickelt ihr Profil auch dadurch, dass sie Personen mit spezifischen Qualifikationen an die Schule zieht, wie beispielsweise LehrerInnen mit spezieller Ausbildung im reformpädagogischen Bereich oder aber auch die Hinzuziehung von Künstlern oder Handwerkern, um Kinder und Jugendliche auch fächer- und unterrichtsübergreifend zu bilden.

Besonderes Gewicht legen wir auf eine Strukturreform, bei der SchülerInnen länger gemeinsam lernen. Die Ergebnisse der jüngsten internationalen Schulleistungsstudien haben gezeigt, dass erfolgreiche Länder eine lange gemeinsame Schulzeit mit einer individuellen Förderung von Kindern und Jugendlichen verbinden.

Unsere Schulreform umfasst die Entwicklung einer neuen Lern- und Unterrichtskultur, die Umgestaltung der Schulen zu Orten des gemeinsamen sozialen Lernens sowie ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen.

- Sicherung des dualen Bildungssystems

Die Ausbildung soll auch weiterhin in enger Zusammenarbeit mit den Unternehmen stattfinden, diese müssen die Verantwortung für sich und die Gesellschaft übernehmen wollen und übernehmen können. Wenn durch die Wirtschaft nicht genug Ausbildungsplätze auf freiwilliger Basis bereitgestellt werden können setzen wir uns für eine Ausbildungsplatzumlage ein, welche Betriebe unterstützt, die ausbilden, Das Thüringer Handwerk würde von einer solchen Umlage finanziell profitieren, da es überproportional ausbildet.

Das duale System soll auch auf den akademischen Bereich ausgeweitet werden. Vorreiter ist hier die Berufsakademie in Eisenach und Gotha sowie die Fachhochschule Jena.

- Sicherung der überbetrieblichen Lehrunterweisung

Die Berufsbildenden Schulen in Thüringen wollen wir zu regionalen Aus- und Weiterbildungszentren ausbauen. Im Interesse der SchülerInnen ist ein enger Kontakt zur örtlichen Wirtschaft erforderlich, selbstverständlich ohne eine finanzielle Abhängigkeit der Schulen zu begründen. Die Schule kann hiervon aber profitieren, indem sie sich zusätzliche Einnahmequellen erschließt. Vorbild hierfür ist unser Nachbarland Dänemark, welches den Schulen viel größere Gestaltungsmöglichkeiten zugesteht, und dessen Modell wir auch in Thüringen umsetzen möchten. Zusätzlicher Freiraum bedeutet aus unserer Sicht dabei auch, dass in verwandten Berufsbildern zumindest im ersten Ausbildungsjahr möglichst ein gemeinsamer Unterricht erfolgt, die Jugendlichen also nicht an andere Standorte verschickt werden.

4. Ausbildungsabgabe

Der Mittelstand bietet über 80 Prozent der Ausbildungsplätze an. Wenn zu wenige Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, dann müssen ausbildungswillige Firmen unterstützt werden, indem die finanzielle Ungerechtigkeit zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben ausgeglichen wird. Das Thüringer Handwerk, das überdurchschnittlich ausbildet, wird von dieser Regelung profitieren.

Wir unterstützen deshalb eine Ausbildungsplatzumlage, die für eine Finanzierung der betrieblichen dualen Ausbildung eingesetzt wird. Diese muss die verschiedenen Formen der betrieblichen Ausbildung berücksichtigen. Ausbildungen, die nicht vom Berufsbildungsgesetz (BbiG) oder der Handwerksordnung (HWO) erfasst sind, werden diesen gleichgestellt und dürfen nicht benachteiligt werden. Dies gilt beispielsweise für Studenten der Berufsakademie.

5. Unterbindung von Schwarzarbeit

Zum einen muss der Schwarzarbeit der Anreiz genommen werden. Mini- und Midijobs sind Beispiel für diese Strategie. Mit der Agenda 2010 wird ein Programm zur Senkung der Lohnnebenkosten aufgelegt. Mit einer Entbürokratisierung und Steuervereinfachung sollen die Hürden für eine Beschäftigung weiter sinken.

Diese Anreize für legale Arbeit müssen darüber hinaus um eine Präzisierung bei der Sanktionierung von Schwarzarbeit ergänzt werden. Strafrechtlichen Verfolgungskompetenzen gegen Schwarzarbeit gehen von der Bundesagentur auf den Zoll über. Mit dieser Neuregelung soll die Bekämpfung von Schwarzarbeit insgesamt auf eine transparentere Grundlage gestellt werden. So muss

- Schwarzarbeit klar definiert werden
- Lücken im Strafrecht geschlossen,
- klare Ermittlungsbefugnisse definiert,
- und Unternehmen, die Schwarzarbeit betrieben haben, für 3 Jahre von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden.

6. Deregulierungs- und Entbürokratisierungsmaßnahmen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen sich für eine Entschlackung überflüssiger Regelungen einsetzen. Teilweise bestehen derzeit Doppelkontrollen, welche die Unternehmer finanziell und zeitlich belasten. Für Unternehmen, die sich freiwillig einer Wirtschaftsprüfung unterziehen, soll grundsätzlich eine erweiterte Unschuldsvermutung gelten.

Rechtsvorschriften müssen verständlich und nachvollziehbar abgefasst und zugänglich gemacht werden.

Verwaltungsabläufe sollen beschleunigt werden. Die Möglichkeiten des E-Government, also des elektronischen Wissens- und Informationsaustausches sowie Transaktionen innerhalb der Verwaltung, bieten hierzu immer noch ungenutzte Potenziale.

7. Mittelstandsfreundliche Vergabepolitik

Der Mittelstand bietet 70 Prozent der Arbeitsplätze und über 80 Prozent der Ausbildungsplätze an. Er ist damit das Herz einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft. Deshalb wollen wir weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Zahlungsmoral vor allem auch der öffentlichen Auftraggeber entwickeln. Ausschreibungen müssen auch in Thüringen endlich so abgefasst werden, dass die lokalen Standortvorteile der Thüringer Unternehmen in diesen zur Geltung kommen, wie dies in anderen Bundesländern schon seit langem der Fall ist. Die hier vorhandenen Gestaltungsmöglichkeiten wollen BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN ausreizen und damit für mehr Aufträge sorgen, die im Land bleiben.

8. Finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden

Durch die Änderungen bei der Gewerbesteuer fließen den Kommunen in den nächsten Jahren 2,5 Mrd. € mehr an Mitteln zu. Eine höhere Summe wurde unter anderem dadurch verhindert, dass die Union im Vermittlungsausschuss gegen eine Mindestbesteuerung von Großunternehmen und die Schließung von Steuerschlupflöchern gestimmt hat.

Die Einsparungen aus der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe werden zur deutlichen Entlastung der Kommunen in Höhe von 2,5 Mrd. genutzt. Diese Entlastung betrifft vor allem strukturschwache Kommunen, die derzeit viele Sozialhilfeempfänger finanzieren. Hier steht das Land in der Pflicht, die aus den Hartz-Gesetzen entstehende Entlastung in den Kommunen zu belassen um dort einen Investitionsschub auslösen zu können.

9. Förderung des ersten Arbeitsmarktes

Umfassende Bildung der Menschen in Thüringen ist die wichtigste Grundlage wirtschaftlicher Entwicklung und damit neuer Arbeitsplätze. Die Thüringer Wirtschaft braucht diesen Standortvorteil und Thüringen kann hier auf seine reiche Tradition als Bildungsreformland zurückgreifen. Deshalb wird Thüringen mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Triebfeder neuer Bildungskonzepte sein.

Der Anteil der jungen Menschen die das Abitur erreichen, muss kontinuierlich erhöht werden.

Die Berufsausbildung soll auch weiterhin in enger Zusammenarbeit mit den Unternehmen stattfinden, diese müssen die Verantwortung für sich und die Gesellschaft übernehmen wollen und können.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für ein unternehmerfreundliches Klima ein. Hier kann der Grundstein für eine positive Sichtweise bereits in der Schule gelegt werden. Dies fördert u.a. auch Neugründungen, die wir dringend brauchen. Für junge Unternehmen soll eine zentrale Anlaufstelle geschaffen werden, in der alle Belange kompetent und umfassend aus einer Hand beraten und betreut werden.

Schon bei der Ausbildung der Verwaltungsangestellten muss der Dienstleistungsauftrag gegenüber Unternehmen gestärkt werden.

Für die Umsetzung von Innovationen sind gute Ideen nicht ausreichend. Es muss ebenso Kapital für deren Umsetzung bereitgestellt werden. Dafür sind Förderprogramme zu wenig. Die Risikokapitalfinanzierung für die gezielte Förderung von Investitionen wachstumsstarker mittelständischer Unternehmen wollen wir deshalb stärker aktivieren.

Regionale Energieerzeugung schafft Arbeitsplätze. Wenn statt Atom- oder Kohlestrom regionale Energie durch Solaranlagen, Kraft-Wärme Kopplung oder durch nachwachsende Rohstoffe bereit gestellt wird, so schafft dies nachhaltig Arbeitsplätze in Thüringen - vor allem im Mittelstand.

Wir wollen ökologisch verträglichen Tourismus fördern. Dieser schafft Arbeitsplätze gerade auch auf dem Land.

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN setzen sich für ein Landesvergabegesetz ein. Dies soll tarifliche Standards sichern und AuftragnehmerInnen bevorzugen, die Maßnahmen zur Frauen- und Familienförderung durchführen.

10. Umweltpolitik

- Öko-Steuer

Die Öko-Steuer entlastet durch die damit finanzierte Absenkung der Lohnnebenkosten insbesondere arbeitsintensive Unternehmen. Auch das Thüringer Handwerk profitiert deshalb in der Summe von der ökologischen Neuausrichtung unseres Wirtschaftssystems.

- Abfallwirtschaft

Teure Investitionen in zusätzliche Anlagen zur Müllverbrennung, wie sie beispielsweise in Zella-Mehlis geplant sind, treiben die Kosten in die Höhe. Hier kommt es darauf an, nach wirtschaftlichen Alternativen zu suchen, bevor teure Investitionen letztlich die Bürger und Unternehmen belasten.

Vermeidung von Müll wird auch weiter die wichtigste Maßnahme zur Kostensenkung in der Abfallwirtschaft sein. Wo statt Müll Wertstoffe wiederverwertet werden können, entstehen gerade auch für kleine und mittelständische Unternehmen geringere Kosten und darüber hinaus sogar Marktchancen.

11. Verkehrsprojekte

ICE Strecke

Statt offensichtlich nicht finanzierbarer Prestigeprojekte sollten Investitionen in die Infrastruktur so ausgestaltet werden, dass sie mittelfristig tatsächlich zu Struktureffekten in Thüringen führen. So sollte die ICE Strecke so neu geplant werden, dass sie einen weiteren Halt in Suhl bekommt. Ein Konzept dafür liegt vor. Da diese Trasse zum großen Teil bereits vorhandene Strecken nutzt, ließe sich das Baurecht für diese Strecke kann sehr schnell realisieren.

Mitte-Deutschland-Verbindung

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fordert den durchgängig zweispurigen Ausbau der Mitte-Deutschland Verbindung vor allem um Ostthüringen und Westsachsen endlich auch auf der Schiene näher zusammen zu bringen.

Umgehungsstraßen

Wo notwendig und möglich sollen Ortsumgehungen gebaut werden um Ortschaften vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Dies darf aber nicht einseitig auf Kosten von Natur und Kulturgütern, wie dem Tieffurter Park gehen. Diese stellen schließlich auch einen wichtigen touristischen Wirtschaftsfaktor dar, der nicht leichtsinnig unausgegorenen Straßenbauprojekten zum Opfer fallen darf.

12.Chancen und Risiken der EU-Osterweiterung

Durch ein regional optimiertes Vergabegesetz wollen BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN dafür sorgen, dass einheimische Unternehmen nicht durch Lohndumping von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen werden. Wir wollen dabei alle Möglichkeiten der Ausgestaltung nutzen.

Fachbetriebe wollen wir durch spezielle Finanzierungsmöglichkeiten dabei Unterstützen ihr spezielles Wissen auch in den Beitrittsländern anzubieten. Hierzu wollen wir Programme für das Marketing und die zielgruppenspezifische Weiterentwicklung von Produkten und Dienstleistungen weiter entwickeln.